

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an den Dalai Lama hat die nach Unabhängigkeit strebenden Kräfte in Tibet offensichtlich gestärkt. Dies geht nicht zuletzt aus der scharfen Reaktion der Zentralregierung in Beijing hervor, die die Verleihung als Affront gegen China verurteilte.

Auf die chinesische Kritik reagierte das Nobelkomitee seinerseits in scharfer Form. Es verglich die Haltung der chinesischen Regierung mit der Reaktion Hitlers, der sich 1935 wegen der Verleihung des Friedensnobelpreises an Carl von Ossietzky öffentlich empört hatte.

Darüber hinaus hat die Kritik von amerikanischer Seite an der Verletzung von Menschenrechten sowohl in Beijing während des Junis als auch in Tibets während des Monats März einen empfindlichen Nerv der chinesischen Führung getroffen. Vor den Vereinten Nationen verteidigte sich der chinesische Vertreter Chen Shiqui, es habe sich bei dem "Aufruhr, der letzten März in Lhasa in der Autonomen Region Tibet stattfand, weder um eine Frage der ethnischen Religion, noch um eine Frage der Menschenrechte gehandelt. Vielmehr ging es um Aktivitäten, die durch eine kleine Zahl von Spaltern ausgelöst wurden, die darauf sinnen, das chinesische Gebiet Tibet vom Rest des Landes zu trennen." Die chinesische Regierung habe darauf hin Maßnahmen getroffen, um die "staatliche Souveränität und territoriale Integrität zu sichern und Gesetz und Ordnung aufrecht zu erhalten". Diese Maßnahmen seien angemessen und legal gewesen. "Seit 1300 ist Tibet ein unveräußerlicher Teil des geheiligten chinesischen Territoriums. Diese Tatsache ist von allen Ländern einschließlich der Vereinigten Staaten anerkannt worden." Trotz dieser Tatsachen zielen z.Z. "einige Länder" darauf ab, "sich in die tibetischen Probleme einzumischen und den Dalai Lama zu unterstützen sowie die kleine Zahl von Spaltern, was eine Mißachtung der Normen für internationale Beziehungen darstellt. Dies ist eine grobe Einmischung in die internen Angelegenheiten Chinas." (AW, 1.12.89; SWB, 29.11.89; SZ, 24.10.89)

## Kultur

\*(28)

### Kampagne gegen führende Dissidenten

Wie erst kürzlich bekannt wurde, soll der namhafte Shanghaier Schriftsteller Wang Ruowang verhaftet worden sein, wahrscheinlich schon vor längerer Zeit. Er wird beschuldigt, die Demokratiebewegung unterstützt und für ein Ende der Alleinherrschaft der KPCh eingetreten zu sein. Bereits 1987 war er aus der Partei ausgeschlossen worden. (SZ, 25.10.89; FR, 1.11.89)

Zwei weitere Schriftsteller, die sich im Ausland befinden, wurden aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen: Liu Binyan und Su Xiaokang. Liu Binyan verlor außerdem seinen Posten als Vizepräsident und Vorstandsmitglied des Chinesischen Schriftstellerverbandes (XNA, 15.11.89). Su Xiaokang ist der Verfasser des Drehbuches der Fernsehserie "Flußbelegie".

Der Astrophysiker Fang Lizhi wurde aus der Akademie der Wissenschaften ausgeschlossen. Er gehörte seit 1980 der mathematisch-physikalischen Abteilung der Akademie an. (RMRB, 13.11.89)

Unterdessen geht in den chinesischen Massenmedien der Kampf gegen führende Dissidenten weiter. Zielscheibe der Angriffe waren im November der Astrophysiker Fang Lizhi, der sich seit dem 5. Juni in der Obhut der US-amerikanischen Botschaft in Beijing befindet, der bekannte Journalist und Schriftsteller Liu Binyan, der bereits seit 1988 im westlichen Ausland weilt, und der junge Literaturwissenschaftler Liu Xiaobo, der während der Studentendemonstrationen aus den USA nach Beijing zurückkehrte und nach der gewaltsamen Niederschlagung der Demonstrationen verhaftet wurde. Allen dreien wird vorgeworfen, bürgerliche Liberalisierung betrieben, die Vier grundlegenden Prinzipien bekämpft und bei den Studentendemonstrationen direkt oder indirekt mitgewirkt zu haben.

Am 3. November 1989 erschien in der *Volkszeitung* ein langer Artikel über Liu Binyan. Darin heißt es, Liu sei bereits Anfang 1987 wegen Verstoß gegen die Parteistatuten, die Parteidisziplin und Parteibeschlüsse und wegen Verleumdung der Partei sowie als Repräsentant der bürgerlichen Liberalisierung aus der Partei ausgeschlossen worden. Im März 1988 habe er ein einjähriges Forschungsstipendium an der Harvard-Universität in den USA erhalten, wohin er mit seiner Frau gegangen sei. Im Frühjahr dieses Jahres habe er eine unrühmliche Rolle bei dem "konterrevolutionären Putsch" gespielt, indem er die Studenten in China aufgewiegelt habe. Vom Ausland aus habe er in zahlreichen Vorträgen und Artikeln die Führungsrolle der KPCh und das sozialistische System bekämpft, Demokratisierung gepredigt und die Umwandlung Chinas in eine bürgerliche Republik gefordert. Seine Vorträge in den USA seien über "Voice of America" in China verbreitet worden und hätten so die Studenten beeinflussen können. Damit habe er sie zum Aufruhr verleitet. Nach der Beendigung der Demonstrationen habe er Kontakt zu den ins Ausland geflohenen Leuten wie Yan Jiaqi, Wan Runnan und Wuer Kaixi aufgenommen und sei im Juli in Paris bei der Gründung der reaktionären "Front für ein demokratisches China" dagegewesen. In dem Artikel werden alle parteifeindlichen Aktivitäten Lius genau aufgezählt und insbesondere seine zahlreichen Reden und Artikel aufgelistet, die sein "reaktionäres Gesicht" enthüllen sollen. Besonders verärgert zeigt man sich über den großen Einfluß, den Liu Binyan auf die Presse in den westlichen Ländern sowie in Hongkong und Taiwan ausübt. Die Kritik an der KPCh in dieser Presse wird seinem Einfluß zugeschrieben.

Über Fang Lizhi veröffentlichte die *Volkszeitung* am 6. und 26. November lange Artikel. Beides sind theoretische Artikel, die sich kritisch mit Fangs Ideologie auseinandersetzen. Über seine praktische Verwicklung in die Demokratiebewegung sind in den vergangenen Monaten bereits zahlreiche Artikel und sogar ein Buch erschienen (vgl. C.a. 1989/6, Ü 12 und 1989/7, Ü 19). Der Artikel vom 6. November wirft Fang Lizhi vor, er habe die westliche bürgerliche Demokratie propagiert und damit die jungen Studenten



zum Aufruhr aufgewiegelt. Der Verfasser des Artikels unternimmt es, die "Vorteile der sozialistischen Demokratie" und die "Nachteile der bürgerlichen Demokratie" aufzuzeigen und kommt zu dem Schluß, daß in den Parlamenten der westlichen Länder die Arbeiter und Bauern nicht vertreten seien und in ihnen die Meinung der Proletarier und Volksmassen nicht zur Geltung komme. Der Nationale Volkskongreß in China hingegen verrete das Volk wirklich. Ebenso wird das von Fang Lizhi geforderte Zwei- oder Mehrparteiensystem verunglimpft. Unter Berufung auf Mao Zedong heißt es, das Zwei-Parteiensystem sei nur eine Methode, die bürgerliche Alleinherrschaft zu bewahren, sei aber absolut nicht in der Lage, die Freiheitsrechte des werktätigen Volkes zu schützen.

Der Artikel vom 26. November stellt eine Kritik an Fang Lizhis Buch "Die Philosophie ist ein Instrument der Physik" (*Zhexue shi wulixue de gongju*) dar. In diesem Buch verneint Fang die führende Rolle der Philosophie (gemeint ist die marxistische Philosophie) in der Physik und in den Naturwissenschaften allgemein. Wenn die Naturwissenschaften von der Philosophie geleitet würden, so sagt er, dann würden sie zur Magd der Theologie werden. Er will allein den instrumentalwert der Philosophie für die Naturwissenschaften gelten lassen, während für die Orthodoxen umgekehrt den Naturwissenschaften ein rein instrumentaler Charakter zugeschrieben wird.

Die Kritik an Liu Xiaobo erschien ebenfalls in der *Volkszeitung*, und zwar am 7. November. Darin wird Liu als Verrückter und Verbrecher bezeichnet, der den "konterrevolutionären Putsch" mit inszeniert habe. Seine Beteiligung an dem "Putsch", so heißt es, sei kein Zufall, da er eine extrem individualistische, idealistische und metaphysische Weltanschauung habe und an bürgerlich-liberalem Gedankengut festgehalten habe. Der Kritiker versucht nachzuweisen, daß Liu Xiaobo "nationalen Nihilismus" und den "Ausverkauf der Nation" betrieben habe. So soll Liu in Vorträgen die gesamte chinesische Literatur verurteilt und die gesamte kulturelle Tradition Chinas abgelehnt haben. Als Doktor der Literaturwissenschaft, heißt es, sollte Liu wissen, daß keine Nation ihre kulturelle Tradition vollkommen ablehnen

könne. Außerdem sei es nicht gerechtfertigt, die gesamte kulturelle Tradition als konfuzianisch abzulehnen. Zum einen leugne Liu damit die historische Funktion des Konfuzianismus, zum anderen setze er die kulturelle Tradition mit der konfuzianischen Tradition gleich. Der ablehnenden Haltung gegenüber seiner eigenen Kultur entspreche eine große Bewunderung für die westliche Kultur und für westliche Lebensformen. "Der Unterschied zwischen dem westlichen und dem chinesischen System", so wird Liu Xiaobo zitiert, "ist der zwischen menschlich und unmenschlich; will man ein menschliches Leben führen, so muß man die vollständige Verwestlichung wählen." In seiner Bewunderung für den Westen heiße er sogar die Kolonisierung rückständiger Länder durch den Westen, auch die Chinas, für gut, weil diese Länder damit für die Welt geöffnet worden seien. Dies zeige, in welchem Maße er den Ausverkauf der Nation propagiere.

Alle angeführten Artikel sind Ausdruck des gegenwärtigen Kampfes der orthodoxen Führung gegen liberale und aufklärerische Gedanken. Die drei kritisierten Dissidenten sind führende liberale Intellektuelle, die sich zum Ziel gesetzt hatten, in China aufklärend zu wirken, weil in ihren Augen eine wirkliche Modernisierung nur durch Aufklärung zu erreichen ist. -st-

\*(29)

#### Vierzig Jahre Chinesische Akademie der Wissenschaften

Am 1. November 1989 feierte die Chinesische Akademie der Wissenschaften ihr vierzigjähriges Bestehen. Sie wurde 1949 durch Zusammenfassung der Zentralen Forschungsakademie, der Beiping Forschungsakademie und der Yan'aner Forschungsakademie der Naturwissenschaften gegründet. Ihr erster Präsident wurde der bekannte Historiker, Archäologe und Literaturwissenschaftler Guo Moruo. Ein Überblick über die Geschichte der Akademie der Wissenschaften erschien am 1. November in der *Volkszeitung*. Bei ihrer Gründung verfügte die Einrichtung über 21 Forschungsinstitute mit knapp 300 Wissenschaftlern. Heute gehören ihr 123 Forschungsinstitute, 50.000 Wissenschaftler, darunter 13.000 mittleren und höheren Grades, sowie 90.000 Angestellte und Arbeiter

an. Die Akademie ist die zentrale Einrichtung Chinas für die naturwissenschaftliche Forschung.

Die Akademie, so wird in dem Artikel berichtet, hat zwei Blüteperioden erlebt, eine kurze im Jahre 1956 in der Hundert-Blumen-Periode und eine zweite seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik im Jahre 1978. In letzterer wurde eine neue Strategie für die Akademie entwickelt: Sie sollte auf der einen Seite stärker dem wirtschaftlichen Aufbau des Landes dienen, auf der anderen Seite Grundlagenforschung und Hochtechnologie betreiben. Nach dem Prinzip "Eine Akademie - zwei Systeme" gibt es an der Akademie Institute, an denen reine Forschung betrieben wird, und daneben Institute mit eigenen Betrieben, deren Hauptaufgabe die Produktion und der Verkauf von High-Tech-Produkten ist. -st-

\*(30)

#### Senioren-Hochschulen

In China gibt es gegenwärtig 916 Hochschulen für Senioren. An ihnen studieren etwa 200.000 ältere Leute Fächer wie Kalligraphie, Malerei, Gartenarchitektur, Qigong, Massage und Fremdsprachen. Bei den Studierenden handelt es sich zumeist um pensionierte Funktionäre, doch sollen zunehmend auch ältere Bürger aus allen gesellschaftlichen Schichten aufgenommen werden. An einigen Institutionen werden bereits landwirtschaftliche Kurse für Leute vom Lande angeboten. Die Schulen kommen bei den Senioren sehr gut an. Umfragen haben ergeben, daß viele ältere Bürger aufgrund ihres Seniorenstudiums sich physisch und psychisch bedeutend besser fühlen. Viele von ihnen nehmen neben ihrem Studium eine Tätigkeit im Dienste der Gesellschaft auf. Die erste Senioren-Hochschule wurde 1983 in Jinan/Shandong gegründet. In China soll es derzeit 91 Millionen Bürger über 60 Jahre geben, das sind 8 Prozent der Bevölkerung. Für das Jahr 2025 wird diese Zahl auf 280 Millionen oder 25 Prozent der Bevölkerung geschätzt. (XNA, 2.11.89)

Das offizielle Pensionierungsalter in China liegt bei 60 Jahren für Männer und 58 Jahren für Frauen. Da diese Menschen aufgrund der staatlichen Familienpolitik (Ein-Kind-Familie,



kleine Wohnungen usw.) vor allem in den Städten nicht unbedingt damit rechnen können, in die Familien ihrer Kinder integriert zu werden, sondern zunehmend allein leben, versucht man, sie nützlichen Tätigkeiten und Beschäftigungen in der Gesellschaft zuzuführen. -st-

\*(31)

### Neue Verhaltensregeln für Studenten

Die Staatliche Kommission für das Erziehungswesen hat im November 1989 neue "Verhaltensregeln für Hochschulstudenten (zur probeweisen Durchführung)" erlassen. Wie es von offizieller Seite hieß, sollen die Regeln eine bessere Durchführung der Erziehungspolitik der Partei und die Heranbildung von dem Sozialismus ergebenden Roten und Fachkundigen gewährleisten. Im einzelnen werden in den "Regeln" die folgenden Forderungen erhoben:

Die Studenten und Postgraduierten sollen einen festen und richtigen politischen Standpunkt haben, das sozialistische Vaterland heiß lieben, die führende Rolle der KP und das sozialistische System unterstützen und den Marxismus studieren. Sie sollen die Reform- und Öffnungspolitik unterstützen, den Geist des harten Arbeitens haben, sich mit den Arbeiter- und Bauernmassen verbinden, dem Volke dienen und sich für die sozialistische Modernisierung chinesischer Prägung einsetzen. Ferner sollen sie die Verfassung und Gesetze sowie die Schulregeln und -vorschriften einhalten. Im Alltagsleben sollen sie sich an folgende Verhaltensregeln halten, die hier in leicht gekürzter Version wiedergegeben werden:

1. Die Studenten sollen die Interessen des Vaterlandes verteidigen.
2. Sie sollen die Verfassung und die Gesetze einhalten, eine vorbildliche Rolle bei der Bewahrung der Demokratie und des Rechtssystems spielen und gegen Anarchie eintreten.
3. Sie sollen die Gleichheit, Einheit und gegenseitige Unterstützung zwischen den Nationalitäten bewahren.
4. Sie sollen am sozialistischen Kollektivismus festhalten, sich für das Kollektiv einsetzen und extremen Individualismus ablehnen.

5. Sie sollen sich an das Prinzip "die Wahrheit in den Tatsachen suchen" halten sowie Kritik und Selbstkritik richtig handhaben.
6. Sie sollen körperliche Arbeit lieben und sich aktiv an der gesellschaftlichen Praxis beteiligen. Sie sollen an Arbeit zum Wohle der Öffentlichkeit, an Produktionsarbeit und an Arbeit- und Studium-Programmen teilnehmen und dabei von den Arbeitern und Bauern lernen; sie sollen keinen Handel treiben.

7. Sie sollen den Geist des harten Arbeitens entfalten, sparsam mit Wasser, Elektrizität und Lebensmitteln umgehen und keine zu hohen Ansprüche an Schule und Familie stellen.

8. Sie sollen auf gute moralische Qualitäten Wert legen, sauber und ordentlich gekleidet, ehrlich und glaubwürdig, bescheiden und höflich sein; in den Beziehungen zwischen Mann und Frau sollen sie sich schicklich benehmen, Lehrer und andere Menschen achten und hilfsbereit sein.

9. Sie sollen sich sportlich betätigen und an gesunden kulturellen Aktivitäten teilnehmen, um ihre körperliche und geistige Gesundheit zu fördern.

10. Sie sollen fleißig studieren und bei der Bewältigung ihrer Aufgaben einen wissenschaftlichen und revolutionären Lernstil entwickeln.

11. Sie sollen die Ordnung des Unterrichts bewahren, Lerndisziplin achten und bei Prüfungen nicht schummeln.

12. Sie sollen die öffentliche Ordnung bewahren, die Ordnung nicht stören und keine Unruhe stiften; sie sollen sich nicht prügeln, nicht spielen und nicht trinken, keine reaktionären und pornographischen Bücher, Zeitschriften und Kassetten in die Hand nehmen und nicht rauchen, wo Rauchen verboten ist.

13. Sie sollen die Studentenheimregeln einhalten, pünktlich das Licht ausschalten und zu Bett gehen, keinen Lärm machen und niemanden vom jeweils anderen Geschlecht und ansonsten niemanden ohne Genehmigung bei sich übernachten lassen.

14. Sie sollen das öffentliche Eigentum und öffentliche Einrichtungen - auch Blumen und Bäume -

schützen und sorgsam mit Unterrichts- und Forschungseinrichtungen umgehen.

15. In auswärtigen Angelegenheiten sollen sie Disziplin bewahren. Im Verkehr mit Ausländern sollen sie nichts tun, was die Würde der Nation und des einzelnen verletzt. Sie sollen mit ausländischen Studenten auf gleicher und freundschaftlicher Basis umgehen und ausländische Lehrer höflich behandeln.

(RMRB, 23.11.89; Übers. in SWB, 29.11.89)

Die neuen Regeln sind zur stärkeren Disziplinierung der Studenten gedacht, die seit den Studentenprotesten vom April und Mai 1989 offiziellerseits mit Argwohn betrachtet werden. Im Jahre 1982 war schon einmal ein probeweiser Entwurf von Regeln für Hochschulstudenten erlassen worden (vgl. C.a. 1982/3, Ü 13). Doch während dieser mit acht Punkten auskam, bestehen die neuen Regeln aus 15 Punkten. Schon damit ist angezeigt, daß sie ausführlicher sind und mehr ins Detail gehen. Detaillierter werden vor allem die Regeln über das Benehmen und Verhalten der Studenten behandelt, wobei die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Schutz des öffentlichen Eigentums stärker betont werden. Die politischen Forderungen (Patriotismus, die Vier grundlegenden Prinzipien usw.) waren im Entwurf von 1982 jedoch auch schon enthalten. Auch die Forderung nach körperlicher Arbeit fand damals Erwähnung, ergänzt durch die Forderung nach militärischem Training, die sich heute erübrigt, weil militärisches Training seit Beginn des laufenden Studienjahres Pflicht ist. Neu ist jetzt lediglich die Forderung, bei der praktischen Arbeit von den Arbeitern und Bauern zu lernen. Ansonsten ist das neue Dokument in ideologischer Hinsicht nicht unbedingt als Verschärfung anzusehen. Was sich allerdings seit dem Sommer verändert hat, ist, daß die Kontrolle über die Studenten in bezug auf die Einhaltung der Regeln verstärkt worden ist. Auf diese Weise soll ein erneuter Ausbruch von Studentenunruhen verhindert werden. -st-

\*(32)

### Postgraduiertenstudium

Im nächsten Jahr sollen an Chinas Universitäten und Hochschulen 30.000 Kandidaten für ein Postgraduiertenstudium zugelassen werden, 25.000 da-



von zur Erlangung des Magisters und 5.000 zur Erlangung des Doktorgrades. In diesem Jahr, so ließ die Staatliche Erziehungskommission weiter verlauten, seien nur 25.000 Postgraduierte eingeschrieben worden, 7.000 weniger, als ursprünglich geplant. Von den 25.000 Anwärtern auf den Magistertitel, die im kommenden Jahr zugelassen werden, werden 10.000 direkt unter den regulären Hochschulstudenten ausgewählt, d.h. sie brauchen nicht erst zwei Jahre praktisch zu arbeiten. Darunter fallen vor allem Kandidaten der Naturwissenschaften und der mit Fremdsprachen zusammenhängenden Fächer, in geringerem Maße auch der Ingenieurwissenschaften, Landwirtschaft und Medizin. Für Postgraduiertenstudien in den Geistes- und Sozialwissenschaften, wie z.B. Philosophie, Rechtswissenschaft, Politische Wissenschaft und Soziologie, werden nur solche Kandidaten aufgenommen, die mindestens zwei Jahre Berufserfahrung nach dem Examen haben. Die Staatliche Erziehungskommission ermutigt Hochschulabsolventen, die eine Zulassung für ein Postgraduiertenstudium besitzen, vorerst ein bis zwei Jahre an der Basis zu arbeiten. Die Zulassung kann um zwei Jahre verlängert werden. (XNA, 4.11.89)

Neu am Postgraduiertenstudium ist, daß ab 1990 die einheitliche nationale Aufnahmeprüfung für die Studenten im vierten Studienjahr entfällt. Statt dessen werden die Studenten künftig von ihren jeweiligen Universitäten und Hochschulen für ein Postgraduiertenstudium empfohlen. Danach müssen sie allerdings eine hochschulinterne Prüfung an der Universität oder Hochschule ihrer Wahl ablegen (ebd.). Diese Regelung mag zur Vereinfachung des Auswahlverfahrens beitragen, birgt jedoch die Gefahr, daß nicht die wissenschaftliche Leistung, sondern die moralisch-ideologische Zuverlässigkeit entscheidet. -st-

\*(33)

#### Bessere Bedingungen für Auslandsstudenten

Die Service-Zentren für Auslandsstudenten, deren Gründung in China kürzlich angekündigt wurde (vgl. C.a. 1989/10, Ü 31), haben ihre Tätigkeit z.T. schon aufgenommen. So teilte ein Vertreter der zentralen Einrichtung Ende Oktober mit, daß die Zahl der

mit Regierungsstipendien ins Ausland geschickten Studenten auf dem Niveau der beiden letzten Jahre gehalten werden soll. Die Zahl für dieses Jahr wurde mit 5.000 angegeben (XNA, 27.10.89).

Ende November reiste eine Delegation des zentralen Service-Zentrums nach Japan, um den dort studierenden und kurz vor dem Abschluß stehenden chinesischen Studenten Stellenangebote zu machen. Auf diese Weise soll den Studenten ein besserer und bequemere Service angeboten werden. China, so ließ ein Vertreter des Zentrums wissen, lege großen Wert auf die Rückkehr dieser Studenten, von denen eine große Zahl bis Ende März 1990 den Doktorgrad erwerbe. Die Delegation soll die Studenten über konkrete Einzelheiten bezüglich ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen informieren. (XNA, 22.11.89)

Da die Rückkehrerquote der Auslandsstudenten insbesondere seit diesem Sommer außerordentlich niedrig ist, versucht China mit allen Mitteln, für die Rückkehrer bessere materielle Bedingungen zu schaffen. Zur besseren Betreuung sollen auf allen Ebenen entsprechende Service-Einrichtungen gegründet werden (vgl. dazu XNA, 3.11.89), die den zurückgekehrten Studenten bei allen praktischen Problemen helfen sollen. -st-

\*(34)

#### Vierte Volkszählung angesetzt

Die Regierung der VR China hat am 25. Oktober 1989 Bestimmungen zur Durchführung der vierten nationalen Volkszählung erlassen. Stichtag für die nächste Volkszählung ist der 1. Juli 1990. Der dritte Zensus fand am 1. Juli 1982 statt. Im vierten Zensus sollen die Veränderungen seit 1982 in bezug auf die Bevölkerungszahl, die regionale Verteilung, die Struktur und den Bildungsstand sowie der Erfolg der staatlichen Bevölkerungspolitik überprüft werden. Der Wortlaut der vom Staatsrat erlassenen Durchführungsbestimmungen für den vierten Zensus wurde in der *Volkszeitung* vom 3.11.1989 abgedruckt. Die Befragung erstreckt sich auf insgesamt 21 Punkte, 15 zur Person und 6 zum Haushalt. -st-

\*(35)

#### Konferenz der ZK-Propagandaabteilung für Journalisten

Ende November veranstaltete die Propagandaabteilung des ZK der KPCh in Beijing eine nationale Konferenz für führende Journalisten, die auf Provinzebene tätig sind. Wichtige Reden wurden von Politbüromitglied Li Ruihuan und Generalsekretär Jiang Zemin gehalten. Geleitet wurde die Konferenz von dem Leiter der Propagandaabteilung Wang Renzhi (RMRB, 26.11.89). Die lange Rede von Li Ruihuan war übertitelt "An der Richtung festhalten, daß richtige Propaganda die Hauptsache ist". Entsprechend betonte er, daß es gerade jetzt darauf ankomme, die Arbeit der Massenmedien zu verbessern und positive Propaganda an die erste Stelle zu setzen. Die wichtigste Aufgabe der Journalisten sei die Aufrechterhaltung der Stabilität. Die Journalisten müßten dazu beitragen, die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Situation zu stabilisieren und die Erfolge des Reform- und Öffnungskurses zu konsolidieren. Dazu bedürfe es einer engen Koordinierung der Massenmedien. Er ging auch auf die Fehler der Presse während der Studentenunruhen ein. Damals seien einige Zeitungen und Zeitschriften von der Parteilinie abgewichen und hätten Öl in die Flammen der "konterrevolutionären Rebellion" gegossen. Inzwischen aber sei dank einiger wichtiger Maßnahmen auf zentraler und lokaler Ebene wieder ein erfreulicher Wandel eingetreten. Die Journalisten hätten viel dazu beigetragen, die Tatsachen über den konterrevolutionären Putsch offenzulegen, die Liberalisierung zu bekämpfen, die politische und ideologische Arbeit zu verbessern und den Kampf gegen die Pornographie zu führen. Li Ruihuan betonte ferner die Parteilichkeit der Presse und die Notwendigkeit, an den Vier grundlegenden Prinzipien festzuhalten. Nur so könnten die Journalisten die Massen korrekt führen und sich gegen reaktionäre Propaganda wenden. Das Prinzip der positiven Propaganda bedeute nicht, daß es keine kritischen Berichte geben dürfe. Doch Kritik und Offenlegung dürften immer nur an zweiter Stelle stehen und müßten maßvoll erfolgen. (RMRB, 26.11.89)

Jiang Zemin lobte in seiner Rede die Arbeit der Massenmedien in den letzten zehn Jahren, kritisierte aber den



Trend der letzten Jahre zur bürgerlichen Liberalisierung. Auch er betonte, daß derzeit Stabilität das wichtigste sei. Weiterhin beschwor er die folgenden Werte, auf die die Journalisten zu achten hätten: Patriotismus, Sozialismus, Kollektivismus, Unabhängigkeit, Vertrauen auf die eigene Kraft, hart arbeiten und das Vaterland mit Fleiß und Genügsamkeit aufbauen. Ferner sollen im Volk nationale Würde und Selbstvertrauen, Begeisterung, Einmütigkeit und der Wille zur Überwindung von Schwierigkeiten geweckt werden. Er äußerte sich auch zum Problem der Pressefreiheit. "Pressefreiheit" sei bei einer kleinen Gruppe von Leuten, die einen bürgerlich-liberalen Standpunkt innehatten und das Volk und die Partei bekämpften, ein Schlagwort gewesen. Doch könne sie niemals abstrakt und absolut sein, das sei in keinem Land so. Unter den gegenwärtigen Bedingungen, da international noch der Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus bestehe und innerhalb Chinas noch in einem bestimmten Bereich Klassenkampf bestehe, müsse diese Freiheit noch Klassencharakter haben. Jiang Zemin ließ ebenfalls keinen Zweifel daran, daß die Massenmedien die Führungsrolle der Partei anzuerkennen haben. (RMRB, 30.11.89)

Seit dem 4. Juni gilt den Massenmedien die besondere Aufmerksamkeit der Propagandaabteilung des ZK. Die umfangreichen Säuberungen im Medienbereich gehen immer noch weiter, ebenso die ideologische Bearbeitung der Journalisten und ihre Ausrichtung auf die Parteilinie. Im August hatte die Propagandaabteilung bereits eine ähnliche Konferenz veranstaltet (vgl. C.a. 1989/8, Ü 24). -st-

---

## Außenwirtschaft

---

\*(36)

### Abwertung des Renminbi wahrscheinlich

Die chinesische Regierung hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei auf der letzten Plenartagung von der Absicht informiert, die Landeswährung im Januar 1990 drastisch abzuwerten. Der Wechselkurs des Renminbi soll von gegenwärtig 3,7 Yuan für 1 US\$ auf 4,8 Yuan gesetzt werden. Das entspräche einer Abwertung um ca. 30%.

Gerüchte über eine bald bevorstehende Abwertung hielten sich bereits seit geraumer Zeit. Sie bestimmen auch das Verhalten auf dem Devisenschwarzmarkt, auf dem für 1 Dollar zur Zeit knapp 5 Yuan gezahlt werden. Bei den illegalen Devisenhändlern sind die von der Bank of China ausgegebenen Foreign Exchange Certificates (Ausländergeld) in Erwartung dieses Schrittes immer weniger gefragt. Statt dessen ziehen sie den direkten Erwerb von westlichen Hartwährungen vor.

Hinsichtlich des Zeitpunktes der Abwertung hielt sich der Sprecher des Staatsrats kürzlich noch bedeckt. In einem Gespräch mit westlichen Kaufleuten sagte er vor dem ZK-Plenum, daß die Abwertung in keinem Fall noch 1989 vorgenommen würde. Von den chinesischen Handelsgesellschaften ist andererseits bekannt, daß sie bei ihren Planungen für das kommende Jahr bereits einen deutlich verbilligten Renminbi zugrunde legen.

Die Entscheidung für eine Abwertung wurde reifer, je mehr die Regierung öffentlich von der Notwendigkeit sprach, die trotz zahlreicher Importbeschränkungen unerwünscht weiterwachsende Einfuhr zu drosseln bzw. die chinesischen Ausfuhren, die in der 1. Jahreshälfte 1989 erneut eine enttäuschend niedrige Zuwachsrate zeigten, zu stimulieren. Das chinesische Handelsdefizit erreichte für die ersten acht Monate des Jahres 1989 mit insgesamt 6,85 Mrd. US\$ bereits mehr als die doppelte Höhe des vergleichbaren Vorjahreszeitraums.

Obwohl die Notwendigkeit einer Anpassung des überbewerteten Renminbi allgemein nicht bestritten wird, gibt es vor allem von Seiten der Zentralbank und den staatlichen Preisregulierungsbehörden Zweifel, ob sich China eine Abwertung in dieser Größenordnung zum gegenwärtigen Zeitpunkt leisten kann, ohne das vorrangige Ziel der Inflationsbekämpfung zu gefährden.

Alle bisherigen Erfahrungen, so wird aus dieser Richtung argumentiert, haben gezeigt, daß Abwertungen inflationsfördernd wirken. Ein verbilligter Renminbi verteuert die importierten Fertigwaren, aber auch den Preis von Gütern, die mit eingeführten Rohstoffen und Komponenten für den Binnenmarkt produziert werden. Als Folge, so wird befürchtet, könnte sich das Haushaltsdefizit eher noch vergrößern

und die Regierung gezwungen sein, statt weiter Liquidität abzuschöpfen, sich der Notenbank zu bedienen.

In dem Kommuniqué über die Wirtschaftsbeschlüsse des Zentralkomitees findet sich kein Hinweis auf die geplante Abwertung. Nach dem nun genannten Umfang ist sie die einschneidendste Wechselkursveränderung der letzten Jahre. Bei der ersten wurde die Parität des Renminbi 1985 von 2,8 auf 3,2 Yuan und im folgenden Jahr auf den noch heute gültigen Kurs von 3,7 Yuan zum Dollar festgesetzt. (SZ, 15.11.89) -lou-

\*(37)

### Mäßiger Umsatzanstieg auf der Guangzhou-Messe

Die 66. Exportausstellung der Volksrepublik China in Guangzhou hat einen weniger ungünstigen Verlauf genommen, als auf chinesischer Seite nach den Reaktionen des Auslands auf die Juni-Ereignisse vielfach befürchtet war. Zugleich konnte die traditionell größte Messe des Landes unter ihrem offiziellen Namen "Chinese Export Commodities Fair" aber auch nicht ganz die Erwartungen der Außenwirtschaft der Volksrepublik erfüllen, die sich von dieser Veranstaltung den Durchbruch zu merklich verbesserten Verkaufsabschlüssen erhofft hatte.

Angaben der Messeleitung zufolge belief sich das Umsatzvolumen während der Ausstellung, die am 30.10.1989 nach zweiwöchiger Dauer zu Ende gegangen war, auf 5,35 Mrd. US\$. Damit konnte ein Anstieg von 5,8% gegenüber der erfahrungsgemäß verkaufschwächeren Messe im Frühjahr des Jahres verbucht werden. Einen Rückgang von 4,4% auf rd. 36.500 Geschäftsleute und Einkäufer verzeichnete die Messe hingegen bei der Zahl der Besucher aus dem Ausland.

Mit einer Fläche von insgesamt 131.000 qm, auf der über 60.000 Exponate im Rahmen eines breiten Angebotsspektrums ausgestellt wurden, hatte die diesjährige Herbstmesse einen ähnlichen Umfang wie ihre Vorgängerin im April 1989. Auf der Ausstellerseite waren ca. 1.800 Firmen weniger als im Frühjahr (knapp 2.000) vertreten, die wie üblich in 18 verschiedene, nach Branchen aufgliederte Außenhandelsdelegationen zusammengefaßt waren. Darüber hinaus partizipierten